

## Faber erpresst erfolgreich die Stadt

# Konzerthaus Bochum

**Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Auch Kultur ist ein Menschenrecht. Bei Kultur denkt man in Bochum zuerst an die „große“ Kultur, das Schauspielhaus oder das Museum Bochum. Doch Kultur ist vielfältig – vom Programm-Kino Endstation im Bahnhof Langendreer bis zur Schüler-Band gehört alles dazu. Vieles wird von der Stadt Bochum finanziell gefördert, und das ist richtig so.**

Auch ein Konzerthaus für die Bochumer Symphoniker wäre an sich eine schöne Sache. Aber wir leben in einer Zeit, in der uns ständig von knappen städtischen Kassen erzählt wird. Teilweise fehlt das Geld zur Sanierung von Schulen und anderen Einrichtungen, Gebühren und Belastungen für die Menschen in Bochum werden immer wieder erhöht, und auch gerade in der „kleinen“ Kultur werden die städtischen Zuschüsse gekürzt. Ob in dieser Situation ein Leuchtturm-Projekt wie das Konzerthaus mit weit über 30 Millionen Euro städtischer Gelder sinnvoll ist, darf zu Recht bezweifelt werden.

Bis vor kurzem wurde dies auch vom Bochumer Stadtrat so gesehen, weshalb alle weiteren Planungen in dieser Richtung verschoben wurden. Doch dann kam der Herr Faber, Eigentümer der gleichnamigen Lottogesellschaft, und war bereit 5 Millionen für den Neubau zu spenden. Eigentlich eine nette Geste, wäre sie nicht mit der Forderung an die Stadt verbunden gewesen, sich spätestens bis Mitte Februar für den Bau des Konzerthauses im Marienviertel zu entscheiden.

Anstatt eine derartige Erpressung durch die Wirtschaft abzulehnen, vergaßen die im Bochumer Rat vertrete-

nen Parteien sofort alle finanziellen und sozialen Bedenken und folgten dem Diktat Fabers. Nur die Ratsmitglieder der Sozialen Liste Bochum und der PDS stimmten mit Nein.

Der Beschluss der Ratsmehrheit sieht vor, dass die Stadt Bochum über eine Tochtergesellschaft (EGR) für 29,3 Millionen Euro das Konzerthaus baut, plus 2,2 Millionen Grundstückskosten. Die Finanzierung soll über die Faber-Spende und ... neue Schulden erfolgen! Neue Schulden sind schlimm genug, aber reicht dies überhaupt? Die Soziale Liste Bochum bezweifelt die Seriosität der genannten Zahlen. Allein die Kosten für den „Mietkauf“ (jährlich 1,7 Millionen auf 26 Jahre) belaufen sich auf 44 Millionen Euro! Die Beschlussvorlage enthält eine eingestandene Unterdeckung von 7,5 Millionen Euro. Wenn man die Zahlen in der Vorlage richtig zusammenzählt, kommt man auf eine Summe von über 50 Millionen Euro, mit der das geplante Konzerthaus im Laufe der Jahre zu Buche schlägt.

Statt ein neues teures Konzerthaus zu bauen, sollte aus Sicht der Sozia-

**Fortsetzung auf Seite 2**

## Von Wiederaufbauhilfe zum Kampfeinsatz

# Ab jetzt führt Deutschland Krieg in Afghanistan

**Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan war anfangs als eine Art friedlicher Wiederaufbauhilfe dargestellt worden. Allerdings stellte die Bundesregierung für Entwicklungshilfe nur ca. 80 Millionen Euro zur Verfügung, für militärische Maßnahmen aber 460 Millionen.**

Ein Wiederaufbau zum Nutzen der Bevölkerung findet damit kaum statt. Auch nach sechs Jahren beträgt die Arbeitslosigkeit immer noch 75 Prozent, die Unzufriedenheit wächst und führt zu Widerstandsaktionen.

Nun lässt auch die Bundeswehr ihre friedliche Maske fallen. Die Aufklärungsergebnisse der Bundeswehr-Tornados werden dazu dienen, Angriffsziele festzulegen und den NATO-Bombern bei ihrer angekündigten Offensive den Weg zu weisen. Dabei werden die Bomben nicht zwischen Taliban-Kämpfern und Zivilisten unterscheiden. Schon im Jahre 2006 sind bei



NATO-Angriffen in Südafghanistan 4.000 Personen, mehrheitlich Zivilisten ums Leben gekommen. Dazu kommen die zerstörerischen Auswirkungen von 1.000 Tonnen Uranmunition, die jetzt schon Boden und Quellen verseuchen.

Um in der Weltöffentlichkeit keine Zweifel am Erstschlagskonzept der USA aufkommen zu lassen, ist der NATO-Sieg in Afghanistan inzwischen zur Chefsache geworden, koste es was es wolle. „Ich will, dass die NATO-Länder in Afghanistan erfolgreich sind, damit Afghanistan an Zukunft gewinnt

**Fortsetzung auf Seite 4**

## ERLEBNISBERICHT +++ ERLEBNISBERICHT

### Wie groß ist die Angst der Mächtigen vor dem kleinen Mann auf der Straße?

## Meine Erlebnisse auf der Demo gegen den G7-Gipfel in Essen

**Am 10.02.07 trafen sich die Teilnehmer des G7-Gipfels in Essen in der Villa Hügel, um Entscheidungen zu treffen, die das Leben der Bevölkerung auf der ganzen Welt beeinflussen.**

Wir wollen aber nicht tatenlos daneben stehen und zusehen, wie unser Gürtel immer enger gezogen wird und machten uns auf nach Essen, um wie viele andere Menschen auch gegen die ernannten Wirtschafts-bosse zu demonstrieren und unseren Protest auf die Straße zu bringen. Schon am Bahnhof trafen wir auf eine Gruppe junger Leute, die auf dem Weg zum Auftaktplatz waren, der schon von weitem durch große rote Luftballons zu erkennen war. Dort angekommen, erwartete uns eine positive Stimmung. Meiner Einschätzung nach hatten sich hier ca. 2000 Demonstranten versammelt.

Die Leute hatten ihre Fahnen und Transparente dabei, die die Forderungen des Volkes wiedergaben. Endlich fand die Auftaktkundgebung statt, eine Band spielte einige Lieder und die Demo konnte losgehen. Wir wurden von den Organisatoren noch auf einige Spielregeln hingewiesen, dann marschierten wir los Richtung Bahnhof. Aber schon nach wenigen Minuten standen wir wieder. Stop and go war die Devise. Unter der Bahnbrücke kam der Zug zum Erliegen.

Die Polizei stoppte die Demo im Tunnel und forderte einige Leute auf, ihre Vermummung abzunehmen. Erwähnenswert ist hierbei, dass am Anfang der Demo die Leute ermahnt wurden, sich nicht zu vermummern. Die Teilnehmer der Demonstration, bestehend aus Frauen, Kindern, Jugendlichen und Männern aller Altersklassen wurden von der Polizei im Tunnel festgehalten.

Dieser Ort, der durch die tief liegende dunkle Brücke und den Mauern rechts und links sehr beklemmend wirkt, wurde aus psychologischen Gründen von der Polizei bewusst ausgewählt, um die Teilnehmer der Demonstration einzuschüchtern. Be-

ängstigend waren auch die vorhandenen Stahlgeländer rechts und links, die keine Fluchtmöglichkeit zuließen.

Die Menschen in diesem Kessel waren auf Gedeih und Verderb der Polizei ausgeliefert. Dann trat die Kampfeinheit der Polizei auf den Plan. Zahlreiche Polizisten, allein in unserem Umfeld ca. 30, ausgerüstet mit Helmen und Schlagstöcken, schoben sich zwischen die Demonstrierenden und die Geländer, so dass der Raum noch enger wurde. Ich hatte das Gefühl, meine Brust wurde zugeschnürt, das Herz raste, da der Versuch einer Herbeiführung einer Eskalation offensichtlich war. Immer wieder kam die Aufforderung, die Leute sollen die Vermummung ablegen. In unserer Umgebung war kein Mensch maskiert. Die Situation war brenzlich. Die Polizisten waren bereit, jeden Augenblick zuzuschlagen. Mich als Frau hat es erschüttert, wie viele junge Polizistinnen dazu bereit sind, auf wehrlose Menschen einzuschlagen, die nichts anderes tun, als von ihrem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen.

Ich hatte Angst, jedoch überkam mich Angesichts dieser Gewaltandrohung eine tierische Wut. Wir fürchten nicht die grüne Polizei. Nach ca. 20 Minuten hat sich die Situation wieder entspannt, wir konnten weitergehen, die Kampftruppen rückten ab. Aber unsere Augen erblickten überall die Polizei, bereit, sofort einzuschreiten bei irgendwelchen „geplanten“ Zwischenfällen. Die Angst der Mächtigen vor dem kleinen Mann auf der Straße muss sehr groß sein. Wir dachten, wir erreichen das Ziel der Demonstration nicht mehr.

Wohin das Auge blickte, man sah nur Polizei. Wir wurden provozierend gefilmt und fotografiert. Am

Presseplatz standen Bulliwagen an Bulliwagen und haben den ganzen Platz abgeschirmt. Hinter der Demo folgten ca. 10 Polizeibusse hinterher. Schließlich erreichten wir doch noch unser Ziel. Nach der Schlusskundgebung strömten viele Menschen zur U-Bahn Station, um von dort aus zum Hauptbahnhof zu gelangen. Auf der Treppe zur Station standen die Kampfeinheiten Sparlier. Ich konnte es nicht unterlassen zu erwähnen, welche Bedrohung wir doch für die Welt sind.

Die Polizisten schauten uns nur grimmig an. Diese Polizei, die die Aufgabe hat, die Bevölkerung vor kriminellen Machenschaften zu schützen, trat an diesem Tag als Kinderschreck auf. Die Polizisten hatten an diesem Tag die Aufgabe, die Menschen einzuschüchtern und nicht zu beschützen.

Ich frage mich, wer uns in Zukunft vor dem ausführenden Organ des Staates schützen soll.

*Hedwig Pütz*

Fortsetzung von Seite 2

## Konzerthaus Bochum

len Liste die Jahrhunderthalle als Konzert- und Veranstaltungszentrum genutzt und zentrale „Spielstätte der Bochumer Symphoniker“ werden. Eine Forderung, der sich die Bochumer DKP nur anschließen kann. Bevor wieder die Menschen in Bochum die Zeche zahlen müssen. Und dann bei der „kleinen“ Kultur, vom Bahnhof Langendreer über die Stadtbibliothek bis hin zu Amateurbands und ähnlichen, mal wieder der Rotstift angesetzt wird und dadurch die Lebensqualität in unserer Stadt sinkt.

**Ärger mit den gelben Säcken****„Privat vor Staat“ ist Müll**

**Erste Erfahrungen mit der Privatisierung konnten die Bürger in Bochum mit der „gelben Tonne“ sammeln. Das private Unternehmen Remondis hatte in einer Ausschreibung dem Bochumer USB die Leerung der gelben Tonne und das Glasrecycling abgejagt.**

Seit dem 1. Januar 2005 häuften sich die Beschwerden: Fahrer mit örtlicher Unkenntnis, schlechte bis gar keine Bearbeitung von telefonischen Beschwerden, Gelbe Säcke, die es nur noch am Remondis-Standort in Gerthe und nicht mehr wie früher in den Bezirksverwaltungsstellen gibt, verspätete Leerung, weil Fahrzeuge oft ruhrgebietsweit eingesetzt werden, so dass Plätze und Straßen verdrecken, bevor Remondis mit Fahrzeugen aus Duisburg abends in Bochum ankommt. Die Stadt Bochum hat nur noch begrenzte Möglichkeiten, für Abhilfe zu sorgen. Denn sie hat den Vertrag mit Remondis nicht selber abgeschlossen. Die Stadt schließt vielmehr einen Vertrag mit dem „Dualen System Deutschland“ (DSD), das wiederum den Auftrag über die Gelb-Müll-Sammlung für Bochum ausgeschrieben und dann Re-

mondis den Zuschlag gegeben hat. Einfluss auf die Qualität der Dienstleistung hat die Stadt nur noch über die Formulierung einer „Systembeschreibung“, die dem Vertrag zwischen Remondis und dem DSD verbindlich beigefügt wird. Eine aktuelle Neufassung dieser „Systembeschreibung“ kann nur versuchen, die schlimmsten Symptome abzumildern: vorgesehen sind dauerhafte Abgabestellen in jedem Stadtbezirk, Gelbe Tonnen mit einem Volumen ab 660 Liter müssen danach nicht mehr von den Bürgern an den Straßenrand geschoben werden. Das Grundproblem wird damit nicht gelöst. Private Unternehmen müssen ihre Dienstleistungen preiswert anbieten, um bei Ausschreibungen den Zuschlag zu erhalten, wollen aber gleichzeitig Gewinne machen. Wird auf der einen Seite eine Verbesserung der Ser-



*Öffentliche Dienste in privater Hand:  
Schandfleck für die Gesellschaft*

viceleistung zugestanden, werden die Kosten dafür an anderer Stelle wieder eingesparrt, denn Rendite muß sein.

**Für 5 Euro vom Hauptbahnhof zur Unistrasse?****Landesregierung stellt heute die Weichen für die Fahrpreiserhöhungen von morgen**

**Während der „50. Geburtstag der EU“ werbewirksam gefeiert wird, lässt die Landesregierung EU-Vorgaben links liegen, wenn sie mehr Bürgernähe versprechen als die eigenen Vorhaben:**

Noch 2001 hat die EU das Recht der Kommunen auf eigene Unternehmen zur Daseinsvorsorge anerkannt. Jetzt soll dieses Recht in NRW eingeschränkt werden. Nach der neuen Gemeindeverordnung sollen kommunale Unternehmen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben nur noch tätig werden dürfen, wenn „ein dringender öffentlicher Zweck die Bestätigung erfordert und der öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso so gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.“

Auf deutsch: Privat vor Staat, wenn es sich lohnt.

Es geht dabei um die Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung

von Abwasser und Abfällen, um den öffentlichen Personennahverkehr, den öffentlichen Wohnungsbau und das öffentliche Sparkassenwesen. Noch ist es staatliche Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen in diesen Bereichen zuverlässig zur Verfügung zu stellen. Noch besteht die Möglichkeit, über die Kontrollrechte der Kommunen soziale Aspekte einzufordern, auch wenn von dieser Möglichkeit viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Aber ein privater Schwimmbad-Betreiber kann vom Stadtrat nicht mehr zu Sondertarifen für sozial Schwache verpflichtet werden. In privaten Betrieben geht es vor allem um Gewinnsteigerung. Zuerst wer-

den dazu Arbeitsplätze abgebaut: von hundert privatisierten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst werden nach Informationen von verdi 30 bis 50 vernichtet. Der Rest der Belegschaft arbeitet dann mehr und zu schlechteren Bedingungen. Selbst wenn damit nicht nur überzogene Vorstandsgehälter und die Dividenden der Aktionäre erarbeitet werden, sondern zunächst auch das Angebot für die Kunden attraktiver gemacht wird, stellt sich doch die Frage: Was passiert, wenn die Gewinne jedes Jahr weiter steigen sollen? Nun muß der Kunde zahlen. Der Kunde ist König! soll heißen: wer ein „königliches“ Einkommen hat, ist Kunde.

## Fortsetzung von Seite 1

# Ab jetzt führt Deutschland Krieg in Afghanistan

und die NATO ihre Glaubwürdigkeit behält. Die NATO darf nicht scheitern.“ sagte Hans-Ulrich Klose (SPD) am 10. November 2006 bei der Abstimmung über den weiteren Bundeswehreininsatz.

Dabei stellt sich die Bundesregierung offensichtlich auf eine langjährige militärische Besatzung ein: in einem Abkommen mit Kasachstan sicherte sie sich im Januar 2007 die Möglichkeit, größere Mengen an Soldaten und Nachschub auf dem billigeren Landweg nach Afghanistan zu transportieren.

Gleichzeitig wird die Bevölkerung darauf vorbereitet, dass nicht alle von ihnen lebendig wieder zurückkommen



Bombenabwurf in Afghanistan:  
Wiederaufbauhilfe sieht eigentlich anders aus

werden. Schon 2006 hatte Oberst Rainer Senger, Kommandeur der „Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation“, vor prominenten Vertretern des deutschen Journalismus gefordert, die „Gesellschaft in Deutschland“ darauf „vorzubereiten“, dass Bundeswehrangehörige „in größerer Zahl sterben“. Nun fordern drei ehemalige Bundesverteidigungsminister eine Gedenkstätte für gefallene deutsche Soldaten. Mit der Aussicht auf ein ehrenvolles Gedenken soll der Öffentlichkeit die Vorstellung leichter gemacht werden, dass ihre Söhne wieder in den Tod geschickt werden.

Denn die nächste Eskalation ist bereits vorbereitet. Am 19.2.2007 forderte Stephen Hadley, der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, vor europäischen Journalisten, Afghanistan zu einem einheitlichen, zentral geführten Kriegsschauplatz der NATO zu machen. Die Soldaten aller NATO-Mitglieder sollen dann jederzeit für Kampfeinsätze in allen Landesteilen zur Verfügung stehen.

**Wir fordern stattdessen  
friedliche Wiederaufbauhilfe  
für Afghanistan und als  
ersten Schritt:**

**Truppenabzug  
statt Tornados!**



## Ostermarsch 2007

Der diesjährige Ostermarsch der Friedensbewegung wird in gewohnter Form stattfinden.

Er beginnt Ostersonntag in Duisburg. Am Sonntag findet eine Fahrrad-Etappe von Essen über Gelsenkirchen, Wattenscheid und Herne zum Bahnhof Langendreer statt. Hier wird Reiner Braun ein Referat zur atomaren Abrüstung halten. Klaus der Geiger soll den Vortrag unterstreichen. Am Ostermontag geht es beginnend mit einem Friedensgottesdienst von Bochum Werne zur letzten Etappe nach Dortmund. Der Aufruf zum Ostermarsch wird vom Bochumer Friedensplenum unterstützt. Näheres ist auf der Webseite des Ostermarsches (<http://www.ostermarsch-ruhr.de>) zu finden.

### Samstag 7.4.2007

#### Ostermarsch RUHR

Duisburg 10<sup>30</sup>-12<sup>00</sup> h Auftaktkundgebung mit Friedensmarkt Kuhtor Ecke Kuhlen Wall  
Duisburg 13<sup>10</sup>-13<sup>30</sup> h Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz

#### Ostermarsch RHEIN

Düsseldorf 14<sup>15</sup>-14<sup>30</sup> h Begrüßung und Eröffnung Friedrich Ebert Straße (DGB-Haus)  
Düsseldorf 15<sup>00</sup>-17<sup>00</sup> h Friedensfest auf dem Marktplatz

### Sonntag 8.4.2007



Essen 10<sup>00</sup>-10<sup>30</sup> h Informationsveranstaltung auf dem Willy Brandt Platz  
Gelsenkirchen 11<sup>30</sup> h Zwischenkundgebung am

Ehrenmal im Stadtgarten  
Wattenscheid 13<sup>00</sup>-13<sup>20</sup> h Zwischenkundgebung an der Friedenskirche, August Bebel Platz,  
Herne 14<sup>00</sup>-14<sup>30</sup> h Kundgebung an der Kreuzkirche,  
Bochum Gerthe 15<sup>00</sup>-15<sup>30</sup> h Zwischenstopp am ehemaligen Zwangsarbeiterlager Gewerkenstraße, Bochum Langendreer ab 16<sup>00</sup> h Abschluß der Fahrradetappe im Bahnhof Langendreer

### Montag 9.4.2007

Bochum Werne 10<sup>00</sup>-11<sup>00</sup> h Friedensgottesdienst in der evangelischen Kirche am Werner Markt

Bochum Werne 11<sup>00</sup>-11<sup>30</sup> h Auftaktkundgebung am Brühmannhaus, Kreyenfeldstraße

Dortmund Marten 13.30-13.50 Zwischenkundgebung In der Meile

Dortmund Dorstfeld 14<sup>30</sup>-15<sup>00</sup> h Zwischenkundgebung Wilhelmplatz

Dortmund ab 16<sup>00</sup> h Friedensfest am Wichernhaus, Stollenstrasse

#### Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der DKP in Bochum.
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

#### Impressum:

bochum links wird vom Kreisvorstand der DKP Bochum herausgegeben. V.i.S.d.P.: W. Quere, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen.

Auflage: 2.000, Druck: Eigendruck

☒: DKP Bochum, Postfach 100 420, 44704 Bochum, ☎: 0234 - 68 84 06, Email: [info@dkp-bochum.de](mailto:info@dkp-bochum.de); Internet: [www.dkp-bochum.de](http://www.dkp-bochum.de)